

Inflation: einige Überlegungen zur kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklung

Carl Schultz, Diskussionspapier für das Linke Forum Oldenburg (zur ersten Vorlage)

Stand: 20.09.2022

Einleitung

[alle Abbildungen finden sich am Ende des Texts]

Wir stehen vor der Tatsache einer inflationären Entwicklung, die vermutlich ein Ausmaß erreichen wird, das für Europa seit dem 2. Weltkrieg einmalig sein dürfte. In der Öffentlichkeit werden verschiedene Faktoren diskutiert, die für die Inflation verantwortlich sein sollen. Liberale Zinspolitik der EZB, Probleme von Lieferketten, Spätfolgen der Corona Pandemie und natürlich die Folgen des Ukrainekriegs. Im folgenden wird argumentiert, dass diese Ursachenaufzählung unvollständig ist und es Faktoren gibt, die darüber hinausgehen. Um diese Behauptung zu belegen, soll in einem ersten Schritt die aktuelle Inflation näher analysiert werden. Ziel dieses Teils ist zu zeigen, dass es neben den akuten Faktoren der Inflation auch andere gibt, die schon seit viel längerer Zeit wirken und bis dato nur noch nicht stark genug waren, um sich allgemein durchzusetzen. Dafür wird die Entwicklung des Geldwerts in den USA und in Europa über einen längeren Zeitraum betrachtet und auf einen Komparator bezogen, nämlich den Goldpreis und die Geldmenge. Gleichzeitig wird aber auch gezeigt, dass das aktuelle Inflationsgeschehen durchaus Ausgangspunkt für massive Kapitalgewinne sein kann.

In einem zweiten theoretischen Teil wird dann Inflation in ein entsprechendes theoretisches Rahmenkonzept eingeordnet. In diesem Schritt wird Inflation als Gegenteil von relativer Mehrwertproduktion definiert. Historisch hat relative Mehrwertproduktion historisch über die Jahrzehnte hinweg das Gegenteil von Inflation bewirkt. Inflation dagegen impliziert eine Erhöhung der absolut zu leistenden gesellschaftlichen Arbeitszeit, um denselben Lohn zu erreichen. Kommt sie durch eine Veränderung der Produktivität von Böden und Minen zustande, dann bedeutet sie eine Erhöhung der Grundrente. Sie kann aber auch durch eine politische Veränderung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit hervorgerufen werden – z.B., wenn die Ausgaben für Rüstung oder andere Güter erhöht wird, die nichts mit der Reproduktion der Bevölkerung zu tun haben.

In dem dritten Teil geht es um die historische Entwicklung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit in drei Bereich der Reproduktion der Bevölkerung: für die Nahrungsmittelherstellung, das Wohnen und die Energiekosten. In diesem Teil soll gezeigt werden, dass die lange Tendenz zur relativen Mehrwertproduktion schon längere Zeit an eine relative Grenze gelangt ist, welche sich dadurch geltend macht, dass der Anteil der Ausgaben, die in diesen Bereichen getätigt werden, beginnt bezogen auf das Haushaltseinkommen wieder zu steigen. Diese Entwicklung reflektiert zumindest zeitlich die latente Inflation, die im ersten Teil analysiert wurde.

In dem letzten Teil geht es dann um die politischen Implikationen, die aus diesen Tendenzen zu ziehen wären.

Teil 1: Aktuelle Inflation im historischen Vergleich und Geldwertstabilität

Inflation wird gemessen an der Preisentwicklung von Waren. Steigt der Geldpreis der Waren so bezeichnet man das als Inflation. Unterschieden wird nach Höhe der Inflation. Werte um die 2 Prozentwertlust der Währung werden als normal angesehen und für die Produktion günstig. Höhere Werte werden als für die Wirtschaftsentwicklung schädlich angesehen und zu niedrige auch.

Der Preis der Waren wird beeinflusst durch die Angebotsmenge (Produktivität & verfügbare gesellschaftliche Arbeitszeit!) und die vorhandene Nachfrage. Einen objektiven Maßstab für den Wert des Geldes gibt es nicht, weil es nur Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses, d.h. des Tausches von notwendiger Arbeitszeit, ist. Insofern kann man am Geldwert nicht ablesen, welche Faktoren die messbare Inflation verursachen. Als häufige Ursache für Inflation wird aber trotzdem angegeben, dass die Geldmenge zu hoch ist und deshalb die Zinsen erhöht werden müssen. Diese Aussage verschiebt die Verursachung der Inflation auf die Nachfrageseite: weil das Geld „zu billig“ ist (niedriger Zinssatz, hohe Staatsausgaben, die durch Neuverschuldung gedeckt werden), gibt es eine zu hohe Kaufneigung und diese „künstliche“ Nachfrage führt zur Inflation. Als Argument wird dann die Niedrigzinspolitik der EZB angeführt, die das letzte Jahrzehnt begleitet hat. Um diese Annahme zu bestätigen, müsste man wissen, welche Wert Geld „wirklich“ hat, was eine nicht beantwortbare Frage ist. Einen gewissen Eindruck (mehr nicht) aber, ob die Geldmenge, die gesellschaftlich zirkuliert, einen Einfluss auf die aktuelle Inflation hat, bietet der Goldpreis und das Verhältnis der Geldmenge zur Produktivitätsentwicklung.

Die folgenden Abbildungen zeigen die Entwicklung der Inflation in den beiden großen westlichen Währungsräumen, der Eurozone und der USA. Deutlich wird, dass erstens in den USA die Inflation seit langem etwas höher ist als in der Euro Zone (selten unter 3 % in der Euro Zone dagegen selten über 3 %). Zweitens sieht man einen scharfen Abfall der Inflation nach der Finanzkrise um 2008/2009 und drittens sieht man einen scharfen Anstieg der Inflation ab 20/21. Inzwischen (September 2022) ist die Inflation in beiden Währungsräumen noch einmal gestiegen.

Beide Abbildungen zeigen Inflation als relativ begrenzte, zweizeitliche Geschehen. Dies sieht allerdings ganz anders aus, wenn man sich die Entwicklung des Goldpreises anschaut (siehe die entsprechenden Abbildungen). Hier wird deutlich: in beiden Währungsräumen zeigt sich ein Anstieg des Goldpreises seit ca. 2005, d.h. deutlich vor der Finanzkrise. Der Anstieg erreicht einen relativen Höhepunkt zu dem Zeitpunkt, wo die Finanzkrise überwunden ist, danach beginnt der Goldpreis in beiden Währungsräumen wieder zu sinken, aber nicht auf das Niveau, was vor der Finanzkrise vorhanden war. In beiden Währungsräumen kommt es seit Beginn der Corona Pandemie zu einem erneuten Anstieg des Goldpreises. Soweit also der Goldpreis so etwas wie ein ungefähre reziproker Maßstab des Geldwertes darstellt, ist der Geldwert schon deutlich länger am Sinken als die aktuelle Inflation besagt, im Prinzip schon seit knapp zwei Jahrzehnten.

In der Nationalökonomie gibt es einen weiteren Ansatz reale Inflation zu messen. Um diesen zu verstehen, muss man sich vorstellen, dass es für den Tausch aller im Laufe eines Jahres produzierten gesellschaftlichen Waren einer bestimmten Menge Geld bedarf. Nimmt die Produktivität zu, so entstehen auch mehr Waren und um diese zu tauschen bedarf es damit auch einer größeren Geldmenge. Insofern kann man postulieren, dass die Geldmenge nicht mehr zunehmen sollte als das Wirtschaftswachstum und jede höhere Zunahme der Geldmenge damit als Inflation zu betrachten ist. Auch dieser Versuch der Messung des Geldwerts ist natürlich eine Hilfskonstruktion, da Geld keinen eigenen Wert hat. Trotzdem erscheint es sinnvoll, sich den gleichen Zeitraum, der oben betrachtet wurde, einmal vor diesem Hintergrund anzuschauen (siehe Tabelle xx, die die Zahlen für Europa wiedergibt). Die wichtigen beiden Spalten dieser Tabelle sind die beiden ganz rechts stehenden,

wobei die erste von rechts nichts andere ist als die Subtraktion des Wirtschaftswachstums von dem Wachstum der Geldmenge M3 (Spalte 3- Spalte 4).

Folgende Information aus dieser Tabelle sind interessant. Erstens lag die reale Inflationsrate in den letzten 20 Jahren fast immer über der offiziellen Inflationsrate, was dem Ergebnis der Betrachtung des Goldpreises entspricht. Zweitens kommt es zu zwei gegensätzlichen Reaktionen auf die beiden Ereignisse mit negativem Wirtschaftswachstum, d.h. in Folge der Finanzkrise 2008 und der Corona Krise 2020. 2009 und 2010 wird den Finanzkrisen Geld entzogen (das Wachstum der Geldmenge M3 ist negativ). Dies folgt dem damals hegemonialen neoliberalen Dogma mit dem primären Ziel Staatsverschuldung zu vermeiden (mit den noch immer nicht ganz überwundenen verheerenden Folgen für die Bevölkerung in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal). 2020 verhält sich die EZB komplett umgekehrt: trotz negativem Wirtschaftswachstum wird das Wachstum der Geldmenge M3 so gesteigert, wie in keinem anderen Jahr des betrachteten Zeitraums. In diesem Jahr wird also eher einem extrem keynesianistischem Dogma gefolgt, was unmittelbar wieder zu einem erheblichen Wirtschaftswachstum in den Folgejahren führt. Vermeidung von Inflation ist damit auch immer eine politische Waffe gegen das Einkommen der „Unterklassen“ und wirkt ähnlich wie die Einführung einer Mehrwertsteuer.

Auch die Messung der Entwicklung des Geldwertes mit der realen Inflationsrate führt somit zu dem Ergebnis, dass diese schon viel länger erhöht ist als es die offizielle Inflationsrate anzeigt. Die folgende Abbildung legt die Entwicklung der realen Inflationsrate (standardisiert auf einen Ausgangswert, der dem des Goldpreises entspricht und in der Größenrelation dem des Goldwertes angepasst). Was deutlich wird ist, dass Goldpreis und reale Inflationsrate kovariieren. Insofern zeigen beide, dass eine latente Inflationstendenz schon seit zwei Jahrzehnten festzustellen ist und eine kurzfristige Einordnung dieses Problems damit vermutlich zu kurz greift.

Trotzdem spielen kurzfristige Gründe für die Inflation natürlich eine Rolle, was auch in dem letzten Diagramm deutlich wird, weil sich Anstieg von Goldpreis und realer Inflation ja im Kontext der beiden großen letzten Krise beschleunigen. Für die Inflation in Europa ist in diesem Kontext die zeitweilige Abwertung gegenüber dem Dollar zu erwähnen (siehe Abbildung xx). Da der Dollar Geldwährung ist, kommt es im Kontext von ökonomischen Krisen regelmäßig zu einer erhöhten Nachfrage und damit zu einem Anstieg seines Werts gegenüber dem Euro. Dies nach der Finanzkrise ein für Deutschland günstiger Tatbestand und wurde politisch auch aktiv gefördert. Wurde dadurch doch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Export-orientierten Industrie verbessert.

Für die zweite ökonomische Krise, die mit der Corona Pandemie begann und aktuell durch den Ukrainekrieg befördert wird, gilt das nicht so. Da die inflationären Tendenzen in der aktuellen Krise spezifisch Energieträger und Nahrungsmittel betreffen, ist diese nicht hilfreich zur Steigerung des Exports, sondern betrifft maximal die Reproduktionsbedingungen der Bevölkerung. Denn diese Waren werden überwiegend importiert und ein niedriger Eurokurs führt zu einer weiteren absoluten wie relativen Verteuerung (siehe Tabelle xx). Infolgedessen kommt es in dieser Krise auch zu einer annähernden Angleichung von Exporten und Importen, während in den Jahrzehnten zuvor die Handelsbilanz Deutschlands immer klar positiv gewesen ist.

Die aktuelle Inflation kennt zudem klare Gewinner, die bei aller strukturellen Argumentation nicht vergessen dürfen und kennt damit so etwas wie einen banalen Raubkapitalismus. Im Folgenden eine Aufstellung der Gewinne von Energieunternehmen:

- **Total:** Der Gewinn stieg trotz einer Abschreibung um 158 Prozent auf 5,7 Milliarden Dollar. Vor einem Jahr waren es 2,2 Milliarden. Bereinigt um Sondereffekte kletterte das Ergebnis auf den Rekordwert von 9,8 Milliarden Dollar.

- **Shell** fuhr einen bereinigten Gewinn von 11,5 Milliarden Dollar ein. Das ist mehr als doppelt so viel wie ein Jahr zuvor. Unter dem Strich verdiente das Unternehmen 18 Milliarden Dollar und verfünffachte damit den Vorjahreswert.
- **Repsol**: Im ersten Halbjahr erzielte der Konzern einen Nettogewinn von mehr als 2,5 Milliarden Euro. Das war gut doppelt so viel wie ein Jahr zuvor.
- **RWE**: Das Unternehmen erwartet einen Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen von fünf bis 5,5 Milliarden Euro statt bislang 3,6 bis vier Milliarden Euro.
- **BP**: Der Gewinn kletterte auf 8,45 Milliarden Dollar. Gegenüber dem Vorjahrsquartal wurde der Gewinn verdreifacht.

Auch im Bereich der Nahrungsmittelproduktion ist ein Teil der Inflation auf direkten Raub aufgebaut. An der CME seien die Preise für sogenannte **Getreide-Futures**, Papiere für Getreidelieferungen in einigen Monaten, im März binnen neun Tagen um 54 Prozent gestiegen – trotz gut gefüllter Lager weltweit. Die Experten ermittelten, dass mehr Geld an der CME investiert wurde, das Handelsvolumen stark stieg und damit auch der Anteil von Spekulationen in Weizen und Mais. Welche Interessen sich im Getreidehandel real durchsetzen zeigt auch das Folgende:

Wie viel Getreide ist bislang aus Ukraine verschifft worden? Seit Anfang August durften rund ein Dutzend Schiffe die Ukraine mit über 370.000 Tonnen Fracht verlassen. Verschifft wurden landwirtschaftliche Erzeugnisse - bisher jedoch hauptsächlich Mais, der in der Regel als Tierfutter oder zur Herstellung von Ethanol als Biokraftstoff verwendet wird. Daneben wurden aber auch kleinere Mengen Sojabohnen, Sonnenblumenöl und Sonnenblumenmehl exportiert.

Und wo sind diese Schiffe hingefahren?

- Razoni: Türkei, Syrien
- Arizona: Türkei
- Mustafa Necati, Star Helena, Glory, Riva Wind: China, Türkei, Italien.
- Ocean Lion: Südkorea
- Sacura: Italien, Ägypten, Portugal, UK
- Brave Commander: Äthiopien

In echte Hungergebiete ist also nur ein Schiff gefahren und dieses gehörte zu denen mit den kleinsten Mengen an Bruttoregistertonnen.

Teil 2: Theoretische Einordnung des Phänomens der Inflation

Abbildung xx zeigt die Abhängigkeit der Inflation von der Entwicklung der Lohnstückkosten: Je höher die Produktivkraftentwicklung und je geringer der Anstieg der Lohnkosten, umso geringer die Inflation. Man kann dies auch folgendermaßen betrachten: Inflation bedeutet in der Regel eine Senkung des Anteils des lebendigen Kapitals an der relativen Mehrwertproduktion. Und umgekehrt: die historische Tendenz des Kapitalismus, die Produktivkräfte zu steigern, die sich jetzt seit mehreren Jahrhunderten deutlich macht, bedeutet eine Einschränkung von inflationären Entwicklungen. Im

folgenden sollen vier Ableitungen aus dieser Annahme entwickelt werden, die dann im nächsten Abschnitt näher analysiert werden.

Möglichkeit 1: die Geldmenge wird historisch gesteigert, indem Geld ohne größere Auflagen zur Verfügung gestellt wird. Dies ist der klassische Fall von Inflation, wie er in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Da sich an der realen Produktion und den ihr zugrunde liegenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nichts ändert, wird eine solche Inflation nicht lange anhalten, kann aber bedeutende Konsequenzen für die Lebensbedingungen der ärmeren Schichten haben.

Möglichkeit 2: die Austauschrelationen zwischen zwei Währungsgebieten verändern sich kurz- oder langfristig. Entweder durch eine Verschiebung der aktuellen Nachfrage zwischen Warengütern, was wir oben als Disproportionalität der deutschen Produktion gegenüber der aktuellen Nachfrage nach Energie und Nahrungsmitteln diskutiert haben. Oder in Form eines relativen Absinkens der Produktivität eines Währungsraums, was längerfristig auch ein Sinken der nationalen Währung nach sich ziehen wird. Letzteres dürfte eine Teilerklärung dafür sein, dass die Inflation in UK aktuell deutlich höher ist als in der Euro Zone.

Möglichkeit 3: Die Produktivität fällt. Dies ist ein Phänomen, das eigentlich in einer kapitalistischen Produktionsweise nicht auftreten sollte (wegen der Konkurrenz der Einzelkapitale und dem daraus folgendem Zwang zur Investition). Aber ausgeschlossen ist eine solche Entwicklung nicht. So können zum Beispiel die Böden zur Erzeugung von Nahrungsmitteln sich verschlechtern oder es kann zu der Notwendigkeit kommen, auf schlechtere Böden zurückzugreifen, da ansonsten die Produktion nicht ausreichen würde. In diesem Fall muss mehr gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in die Nahrungsmittelproduktion investiert werden, was für sich allein genommen schon inflationär ist. Zudem kommt es über das Steigen der Bodenrente auf guten Böden zu einer Verminderung des Zwangs zur Investition in ihre Produktion, was ebenfalls inflationär wirken wird.

Möglichkeit 4: Gesellschaftlich notwendige Arbeit wird politisch neu definiert. Beschließt z.B. eine Regierung (wie die der USA), dass zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit auch die zur Reproduktion eines großen militärischen Sektors gehört, dann werden Waren produziert, die in keinem Bezug auf die Reproduktion der Ware Arbeitskraft stehen. Das heißt, dass die relative Mehrwertproduktion um diesen Anteil geschmälert wird, was historisch zu einer höheren Inflation führen wird.

Im Teil 1 wurde argumentiert, dass neben den konkreten Auslösern der Inflation eine latente Tendenz zu einer inflationären Entwicklung gibt, die spätestens seit 2005 besteht. Im folgenden soll gezeigt werden, dass diese Tendenz am ehesten der dritten Möglichkeit zuzuordnen ist. Dafür sollen drei Bereiche der Abteilung II der Reproduktion des Kapitals analysiert werden, von denen die Mehrheit der Bevölkerung am stärksten betroffen ist und die aktuell den Kern der inflationären Tendenzen ausmachen, nämlich Nahrungsmittel, Wohnen/Mieten und Energiekosten. Zudem soll gezeigt werden, dass zu einem gewissen Maße auch Faktoren, die unter Möglichkeit 2 definiert wurden, eine Rolle spielen könnten.

Teil 3: Langfristige inflationäre Tendenzen

1. Nahrungsmittel

Die Nahrungsmittelproduktion kann als das Paradebeispiel für die relative Mehrwertproduktion gesehen werden. Abbildung xx zeigt den Anteil an den Haushaltsausgaben, die in den letzten 60 Jahren für Nahrungsmittel ausgegeben wurden. Deutlich wird die sinkende Tendenz der Ausgaben.

Allerdings: diese Tendenz ist seit 2000 gestoppt, der Anteil sinkt nicht mehr. Seit der Finanzkrise liegt die Preissteigerung für Nahrungsmittel in Deutschland in den meisten Jahren über dem Durchschnitt der übrigen Inflationsrate. Das gilt weltweit auch für den Getreidepreisindex der FAO. Seit 2000 kommt es zu einem immer wieder unterbrochenem, aber klaren Anstieg des Getreidepreises, ein Trend auf den die aktuelle Inflation nur aufsetzt, ähnlich wie es in der Entwicklung des Goldpreises und der realen Inflation im Teil 1 der Fall war.

Der Grund für diese Entwicklung liegt teilweise auch hierin: „Weltweit sind bereits 75 Prozent der nutzbaren Landfläche durch Übernutzung, Erosion, Versalzung oder Austrocknung degradiert, das heißt, die Fruchtbarkeit hat dort massiv abgenommen. Wird dem nicht entgegengesteuert, prognostizieren die Forscher für 2050 eine Degradierung von 90 Prozent...Von der Desertifikation besonders betroffen sind Indien, China und das Afrika südlich der Sahara – dort könnten sich die Ernteerträge bis 2050 sogar halbieren.“

Ähnliches ist ohne Desertifikation auch für Deutschland feststellbar. Seit dem Jahr 2000 ist es zu keiner Ertragssteigerung der Getreideproduktion mehr gekommen.

2. Wohnen

Vordergründig folgt die Entwicklung der Wohnkosten an der Lohnentwicklung ebenfalls dem Prinzip der relativen Mehrwertproduktion (siehe Abbildung xx). Dasselbe gilt, wenn man sich den Anteil der Bauinvestitionen am BIP anschaut, wobei der Rückgang der Investitionen unmittelbar für den Wohnungsbau wohl eher gering ist (siehe Abbildung xx).

Der Anstieg der Mietkosten – bedingt durch Migrationsprozesse von außerhalb nach und innerhalb Deutschlands, durch den politischen Ausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau und gewachsene Ansprüche an genutzten Wohnraum – verläuft allerdings umgekehrt, insbesondere für die ärmere Bevölkerung.

Insgesamt spielen für die Wohnkosten aber die Höhe des Einkommens und der Wohnort eine wesentliche Rolle. Zudem ist von zentraler Bedeutung, ob der Haushalt zur Miete wohnt oder Eigentümer der Wohnung ist. Speziell für die Mieten zeigt sich ein Anstieg des Anteils am Haushaltseinkommen, der seit 1990 ungebrochen ist. Weiter gilt hier, dass die Haushalte mit geringem Einkommen am stärksten von inflationären Tendenzen betroffen sind. Der Anstieg des Anteils am Haushaltseinkommen seit 1990 liegt für die beiden Gruppen mit geringsten Haushaltseinkommen bei 10 Prozent oder mehr, bei den beiden höchsten Haushaltseinkommen kaum über 5 %.

Somit bestehen im Bereich des Wohnens inflationäre Verhältnisse für die unteren Einkommensgruppen schon seit 3 Jahrzehnten, soweit sie zur Miete wohnen, während für die Haushalte, die Eigentümer ihrer Wohnungen sind, es eher eine Reduktion der Kosten gegeben hat.

3. Energie

Die Energiekosten gehorchen seit über 2 Jahrzehnten nicht (mehr) dem Prinzip der relativen Mehrwertproduktion. Praktisch hat sich ihr Anteil an den Ausgaben der Privathaushalte seit 1996 nicht mehr verändert (Abbildung xx). Der aktuelle Anstieg durch den Krieg in der Ukraine ist in dem Diagramm noch nicht enthalten, wird aber deutlich durch die Entwicklung der Importpreise für Gas und Erdöl (Diagramm xx). Das Problem ist hier die hohe Bedeutung Russlands für die Versorgung Europas (die durchaus vergleichbaren ökonomischen Maßnahmen gegen Iran und Venezuela waren

für Europa bedeutungslos). Nebenbei: wenn Russland aktuell einen „Gaskrieg gegen Europa“ führt, wie teilweise behauptet, dann tut das die USA und Europa schon lange gegen Venezuela, Kuba und Iran – d.h. gegen Staaten, die keinen Krieg führen.

Abbildung xx gibt eine Erklärung dafür, warum sich der Energiepreis dem Prinzip der relativen Mehrwertproduktion entzieht. Der weltweite Bedarf und damit die Konkurrenz um Erdöl und Erdgas steigen in den letzten Jahrzehnten deutlich an, so dass höhere Preise auf dem Weltmarkt durchsetzbar sind.

4. Terms of Trade

Über Jahrzehnte, eigentlich seit Beginn des Kolonialismus, arbeiten die „Terms of Trade“ für den Westen: relativ hohe Preise für industriell produzierte Waren stehen relativ niedrige Preise für Rohstoffe und Vorprodukte gegenüber. Diese Tendenz erreicht ein Ende. Erstens kommt es zu einer De-Industrialisierung in den westlichen Ländern und einer Industrialisierung speziell in asiatischen aber auch in einigen südamerikanischen Ländern. Abbildung xx zeigt die Exporte und Importe von Nordamerika, Europa und Asien. Speziell die USA haben seit 1963 einen deutlichen relativen Einbruch bei den Exporten erlebt, während die Importe stabil geblieben sind. Ähnlich sieht die Tendenz für Kanada aus. China dagegen verzehnfacht seinen Anteil an den Exporten und Importen. Zweitens entsteht in diesen bevölkerungsstarken Ländern eine Bevölkerungsschicht, die groß und finanzkräftig genug ist, um mit den Einkommen der unteren Schichten der westlichen Länder zu konkurrieren. Diese Tendenz, die zu einer Verminderung der Einkommensunterschiede zwischen einigen Ländern führt, generiert damit stärkere Einkommensunterschiede innerhalb vieler westlicher Länder, was strukturell die Inflation von Preisen für die unteren Schichten verstärkt.

Teil 4: Dörres Zangenkrise der Kapitalakkumulation und die Inflation

In den voranstehenden Abschnitten wurde argumentiert, dass es neben kurzfristigen Faktoren für die Inflation (Reaktion der Zentralbanken auf Corona Pandemie, Ukraine Krieg; spekulative Gewinne einzelner Kapitalien) langfristige Faktoren gibt, die dafür sorgen werden, dass sie über längere Zeit hoch bleiben wird. In Anschluss an die Analyse von Klaus Dörre erscheint es richtig, diese langfristigen Faktoren in sein Konzept der Zangenkrise einzuordnen: die Möglichkeit der Regulierung gesellschaftlicher Konflikte durch relative Mehrwertproduktion wird durch vorläufig unüberwindbare Gegentendenzen massiv eingeschränkt.

Ein Faktor für diese Zangenkrise wäre (wenn auch von Klaus Dörre weniger in den Mittelpunkt gestellt) die Tatsache, dass hohe Produktivitätszuwächse nur in produzierenden Bereichen, nicht im Dienstleistungsbereich erreicht werden können (Baumol Theorem). Daraus resultiert weniger Verteilungsspielraum und eine langsame Veränderung in den Terms of Trade.

Ein zweiter und in der Konzeption von Dörre zentraler Faktor besteht darin, dass die Notwendigkeit zur Reduktion von CO₂ Ausstoß zu einer relativen Erhöhung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit führt, solange nicht gleich billige Energiealternativen zur Verfügung stehen. Dies ist auf absehbare Zeit nicht der Fall, sondern eher das Gegenteil: Laut einer Anfang 2022 publizierten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sollen die Preise dieser strategischen Technologiemetalle, die für die Energiewende entscheidend sind, regelrecht abheben. Eine Tonne

Kobalt würde demnach 2030 schon 217 000 Dollar kosten (aktuell ca. 60.000). Bei Lithium soll der Preis gegenüber dem aktuellen Niveau um 180 Prozent anziehen, bei Nickel sollen es 160 Prozent, bei Kupfer 70 Prozent werden.

Zur Abmilderung der Erderwärmung wird der CO₂-Preis jährlich angehoben und soll 2025 bei 55 Euro liegen. Dann kosten wahrscheinlich der Liter Benzin 15 Cent und der Liter Diesel 17 Cent mehr, als dass es ohne diese neue Komponente der Fall gewesen wäre. Dieser Faktor beträgt beim Strompreis jetzt schon 12 %. Der Ukraine Krieg hat diese langfristige Tendenz nur - wenn auch deutlich - verstärkt.

Der Verlust fruchtbaren Ackerlandes wird Inflation im Bereich der Nahrungsmittel antreiben und zu wachsenden „Renten“gewinnen von Großgrundbesitzern fruchtbarer Ackerböden führen.

Drittens wird das Wachstum in den Metropolen die Miethöhe weiter in die Höhe treiben. Hinzu kommt für die meisten europäischen Länder: Europäische Binnenmigration wird die demografischen Entwicklungen in den ökonomisch starken Ländern auf Dauer nur fraglich in Schach halten können, was zu weniger gesellschaftlich verfügbare Arbeitszeit und Produktivitätsverluste führen wird.

Viertens wird die politische Festlegung auf höheren Rüstungsausgaben einen inflationären Druck ausüben, wie er im Vergleich der USA mit Europa über die letzten Jahrzehnte deutlich wurde.

Teil 5: Was tun?

Was sind die politischen Handlungsperspektiven?

Für die kurzfristigen Faktoren, die zu dem akuten starken Anstieg der Inflation führen ist diese Frage einfach zu beantworten: Beendigung des Krieges in der Ukraine und Verhinderung der weiteren Aufrüstung. Laut Statista gibt die USA rund das zwölfwache für Rüstung aus verglichen mit Russland und selbst UK liegt mit den Ausgaben 2021 noch oberhalb der russischen. Frankreich, Deutschland und Spanien zusammen stemmen immerhin das Doppelte an Rüstungsausgaben verglichen mit Russland. Insofern gibt es keinerlei Grund diese zu steigern.

Zur Abmilderung der Auswirkung der aktuellen Inflation bedürfte es auch einer massiven sozialpolitischen Intervention. Ziel wäre die Verhinderung von Kündigungen, von Strom- und Gasabschaltung, der Entstehung von privater Schuld- und Zinsknechtschaft durch die erhöhten Lebenskostenpreise. Dafür bedarf es lokaler Intervention, wobei die Chancen im Einzelfall hier vorläufig gut sein dürften, weil die politische Hauptströmung eine stark keynesianistisch staatsinterventionistische ist (ganz im Gegensatz zur Bewältigung der Schuldenproblematik nach der Finanzkrise).

Ein politischer Fehler wäre es aber vermutlich, diese unbedingt notwendigen konkreten sozialpolitischen Interventionen einzig in den Kontext einer Umverteilungskampagne einzuordnen. Es geht in dem langfristigen Kontext nicht um eine Vermehrung der Staatsausgaben zur Aufrechterhaltung eines bestimmten Akkumulationsmodells, es geht um die radikale Abkehr von diesem. Insofern stellt sich die Frage, ob diese sozialpolitisch fürsorglich, kooperativen

Interventionen mit eher antagonistischen gegen lokale Zentren der CO₂- und Ressourcen-Verschwendung zu verbinden wären.

Auf politischer Ebene folgte aus den langfristigen inflationären Tendenzen eher eine Preisregulierung für bestimmte Warengruppen im Sinne von eher billigen Preisen z.B. für den Energiegrundverbrauch und mit einer deutlichen Progression, sobald ein bestimmte Mengenabnahme pro Person überschritten wird. Ähnliches wäre für die Umsatzsteuer auf Grund- versus anderen Nahrungsmitteln zu überlegen.

Die Ausweitung von Commons incl. der Vergesellschaftung von Privateigentum wäre ein weiterer Diskussionspunkt, der in den Mittelpunkt der Debatte gehört. Aber nicht nur (wenn auch sicherlich auch) als staatliches Eigentum. Wie im Bereich des Gesundheitswesens gehört auch die Versorgung mit Energie zu den Grundbedürfnissen und sollte damit öffentlich gewährleistet sein. Also keine Kredite an Uniper etc. sondern ein staatlich-öffentliches, europäisches Monopol für den Ankauf und die Grobverteilung von Energie. Dies scheint eine unbedingte Voraussetzung für ein Gelingen einer sozialökologischen Transformation zu sein, weil anders Lenkungswirkungen nicht erzeugt werden können. Gleichzeitig sollte es aber auch zu einer staatlich-finanziellen Förderung von genossenschaftlichen und/oder lokal vernetzten nicht marktförmigen Produktionsstrukturen kommen – im Energiesektor aber auch im Nahrungsmittelbereich.

Auf europäischer Ebene wäre das Verhindern einer schnellen Zinsanhebungen durch die EZB ein wichtiger Punkt (als Pseudoreaktion wegen der angeblichen Auslösung der Inflation durch das Überangebot von Geld), weil das eine Katastrophe für die Haushaltsstabilität viele Länder in Europa wäre und in die Zeiten der Finanzkrise zurückführen würde.

Es geht aber kurz- und langfristig auch um die Auseinandersetzung mit Ansprüchen an eine individualistische Konzeption der Reproduktion: hinsichtlich des Besitzes bestimmter Autos, der Nutzung bzw. Nichtnutzung von Hauseigentum, des Verbrauchs von Strom, Gas und Wasser für Luxus Zwecke. Diese Auseinandersetzung bieten ein weites Feld für lokale, aber auch (inter-)nationale Interventionen, deren Begründbarkeit durch die Verteuerung der Energie und Nahrungsmittel für größere Kreise der Bevölkerung deutlich zunehmen sollte.

Im Mittelpunkt der Frage, wie wir in Zukunft leben werden und können steht aber Formulierung eines sozialökologischen Transformationsprojekts, das von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung eingesehen wird. Und für dieses Transformationsprojekt wird die Frage der Energieerzeugung und ihres Verbrauchs eine zentrale Rolle spielen, das lehren uns die kurzfristigen Folgen der Inflation, die brennpunktmäßig das Augenmerk auf das richten, was eigentlich lange klar ist: das fossile Zeitalter der Produktion incl. ihrer Organisation als Kapitalakkumulation muss zu Ende gehen, wenn eine nicht endende Folge von humanitären Katastrophen vermieden werden soll. Ein Vorschlag für ein solches Projekt wäre eine komplette Dezentralisierung aber auch Verallgemeinerung von Photovoltaik, Solarthermie und Windenergie, steht einer erneuten Zentralisierung in off-shore „Parks“. Mit anderen Worten: „Oldenburger – wir linksalternativen Ökos wollen eure Dächer, denn sie werden gebraucht, um das Schlimmste zu verhindern. Denn Gewinn durch sie werden wir technisch und ökonomisch gemeinsam und fair teilen.“

24-Monats-Inflation p.a. - Eurozone

Inflation pro Jahr basierend auf 24-Monaten in der Eurozone



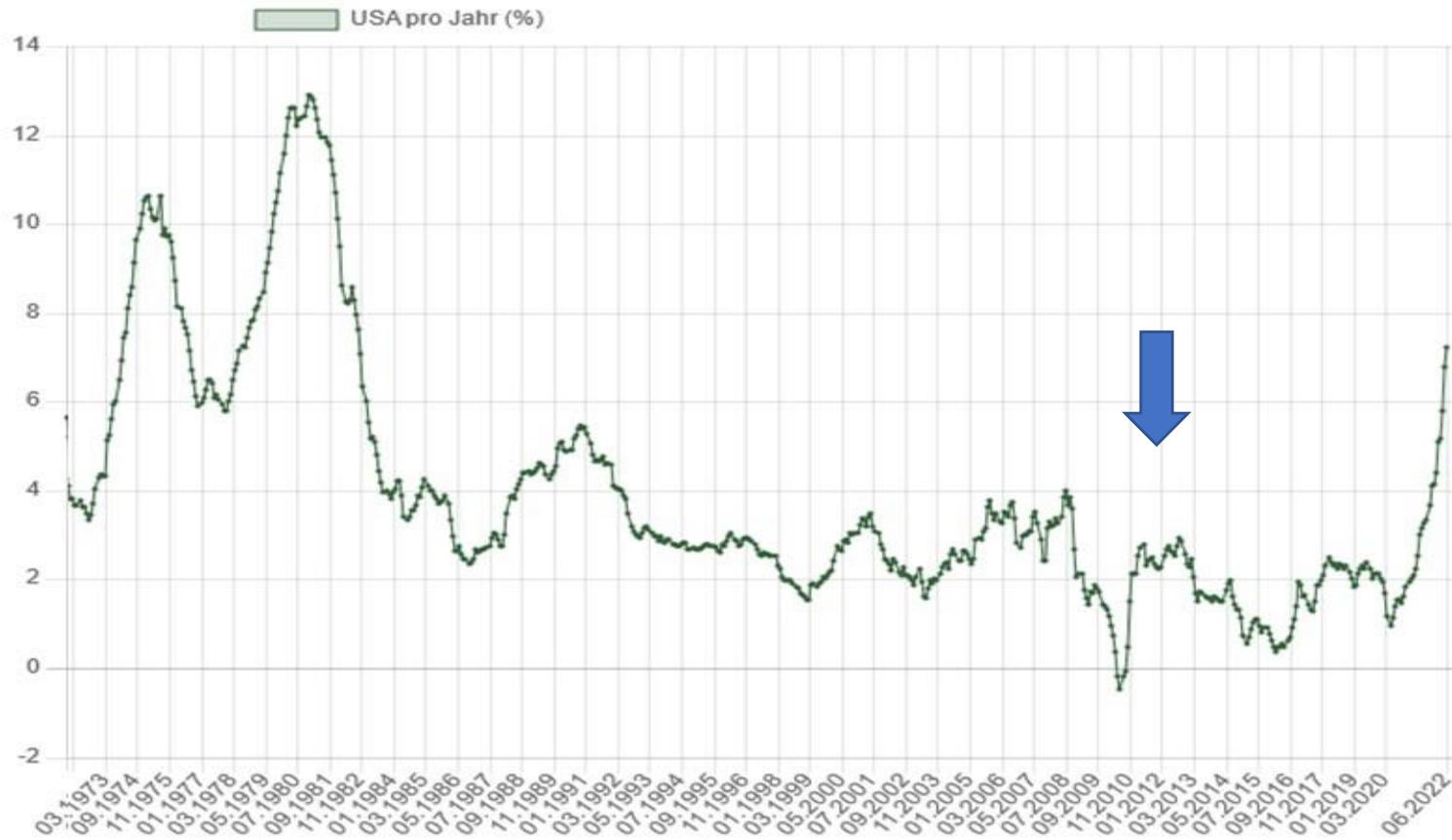
GOLD CHART - GOLDPREISENTWICKLUNG IN EURO

Intraday 1 Woche 1 Mon. 3 Monate 6 Mon. 1 Jahr 3 Jahre 5 Jahre Max



24-Monats-Inflation p.a. - USA

Inflation pro Jahr basierend auf 24-Monaten in den USA



©Tagesgeldvergleich.net

GOLD CHART - GOLDPREISENTWICKLUNG IN DOLLAR

Intraday 1 Woche 1 Mon. 3 Monate 6 Mon. 1 Jahr 3 Jahre 5 Jahre **Max**



Jahr	Geldmenge M3 in Bio. Euro	Wachstum Geldmenge M3	Wirtschaftswachstum	offizielle Inflationsrate	"echte" Inflationsrate nach Friedman
2000	4,86	4,29%	5,29%	2,20%	-0,99%
2001	5,42	11,52%	4,61%	2,10%	6,92%
2002	5,77	6,46%	3,45%	2,30%	3,01%
2003	6,15	6,59%	2,88%	2,30%	3,71%
2004	6,54	6,34%	4,27%	2,10%	2,08%
2005	7,08	8,26%	3,61%	2,20%	4,64%
2006	7,76	9,60%	3,20%	2,20%	6,40%
2007	8,65	11,47%	3,00%	2,20%	8,47%
2008	9,41	8,79%	0,40%	3,30%	8,39%
2009	9,35	-0,64%	-4,50%	0,30%	3,86%
2010	9,29	-0,64%	2,10%	1,60%	-2,74%
2011	9,50	2,26%	1,50%	2,70%	0,76%
2012	9,79	3,05%	-0,90%	2,50%	3,95%
2013	9,83	0,41%	-0,30%	1,30%	0,71%
2014	10,32	4,98%	1,20%	0,40%	3,78%
2015	10,83	4,94%	2,00%	0,20%	2,94%
2016	11,37	4,99%	1,70%	0,20%	3,29%
2017	11,87	4,40%	2,50%	1,50%	1,90%
2018	12,37	4,21%	2,10%	1,80%	2,11%
2019	13,00	5,09%	1,60%	1,20%	3,49%
2020	14,52	11,69%	-6,40%	0,30%	18,09%
2021	15,48	6,61%	5,70%	2,60%	0,91%
Durchschnitt		5,67%	1,77%	1,71%	3,89%

Quellen: de.tradingeconomics.com, Statista.com, Deutsche Bundesbank

Inflation und Produktivität: EU Daten

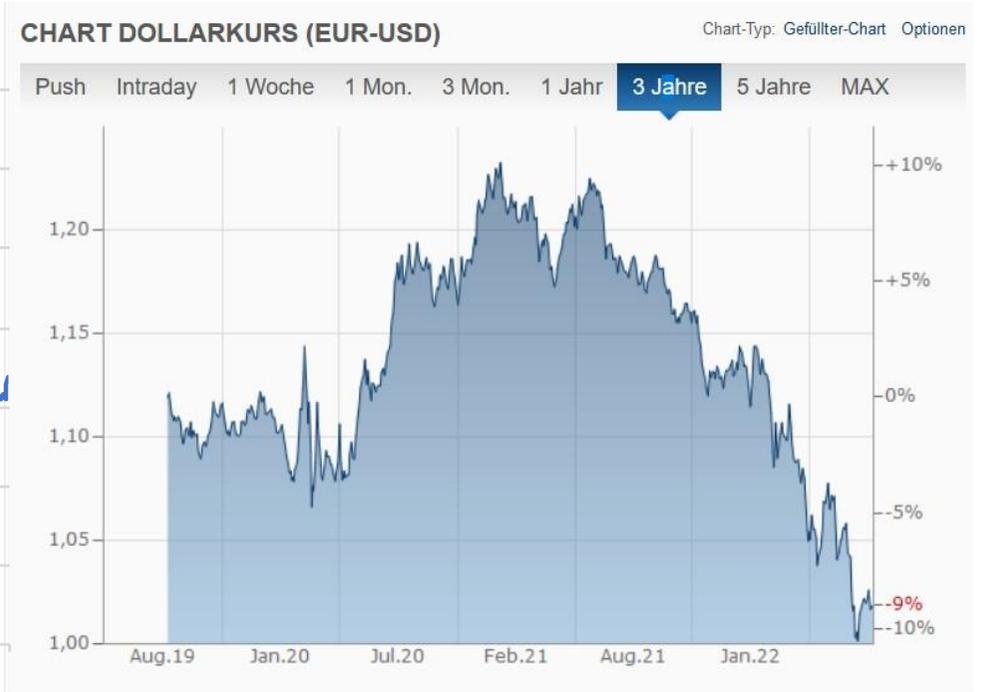
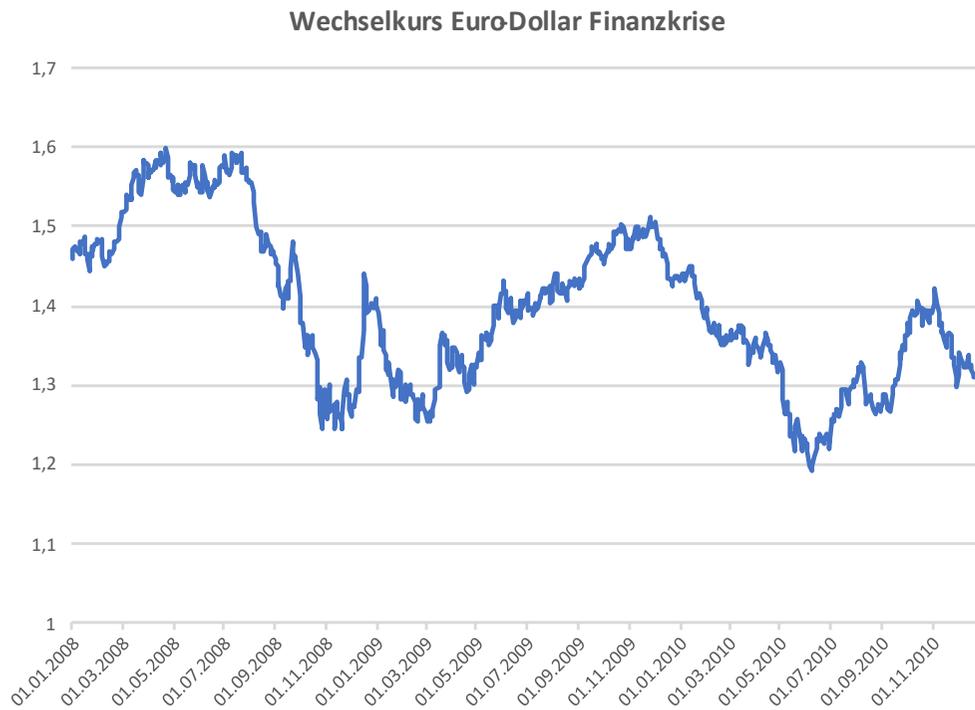
Auf die beiden ökonomische Einbrüche 2009 und 2020 wurde komplett anders von der EZB reagiert. 2020 -> Stabilisierung der Einkommen bei sinkender Produktion. Vermeidung von Inflation ist damit auch immer eine politische Waffe gegen die „Unterklassen“ (wie Mehrwertsteuer)

Gold Chart in Euro und reale Inflation nach Friedman für Europa

Intraday 1 Woche 1 Mon. 3 Monate 6 Mon. 1 Jahr 3 Jahre 5 Jahre Max



Euro Dollar Wechselkurs 2008/2010 und 2019/22



Aktuelle Inflation: Invasion Ukraine, aber auch Disproportionalitätskrise

Originalwert

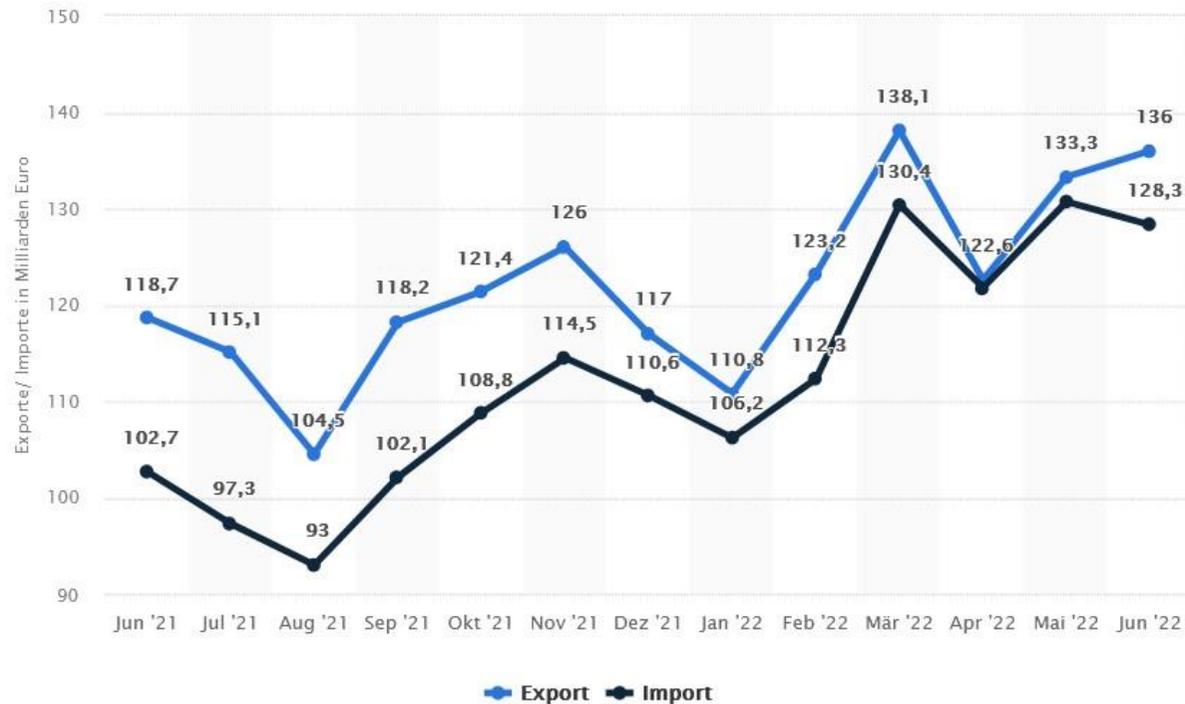
Veränderungsraten zum Vorjahresmonat in %

Jahr, Monat	Insgesamt	Vorleistungsgüter	Investitionsgüter	Gebrauchsgüter	Verbrauchsgüter	Energie	
2022	Mai	30,6	24,5	8,1	9,4	13,1	143,8
	Apr	31,7	26,8	7,4	8,0	11,9	157,4
	Mär	31,2	26,3	6,7	6,6	10,5	160,5
	Feb	26,3	24,3	6,2	6,3	9,2	129,5
	Jan	26,9	24,5	5,9	6,2	8,6	144,4
2021	Dez	24,0	23,0	4,9	5,4	6,6	135,0
	Nov	24,7	23,0	3,9	4,4	5,3	159,5
	Okt	21,7	22,1	3,4	3,7	4,0	141,0
	Sep	17,7	20,7	2,7	2,9	3,3	107,1
	Aug	16,5	20,4	2,3	3,2	3,2	93,6
	Jul	15,0	19,2	1,5	1,7	2,5	89,6
	Jun	12,9	17,1	0,4	-0,1	1,3	88,5
	Mai	11,8	15,4	-0,6	-1,1	0,6	99,5
	Apr	10,3	12,5	-0,6	-1,0	0,2	101,3
	Mär	6,9	8,0	-0,6	-0,5	0,1	56,7
	Feb	1,4	4,0	-0,9	-1,4	-1,1	5,2
	Jan	-1,2	2,4	-0,9	-1,2	-1,3	-13,1

Bis Januar 2021: Durch Corona erzwungene Nachfragereduktion

Wert der deutschen Exporte und Importe von Juni 2021 bis Juni 2022

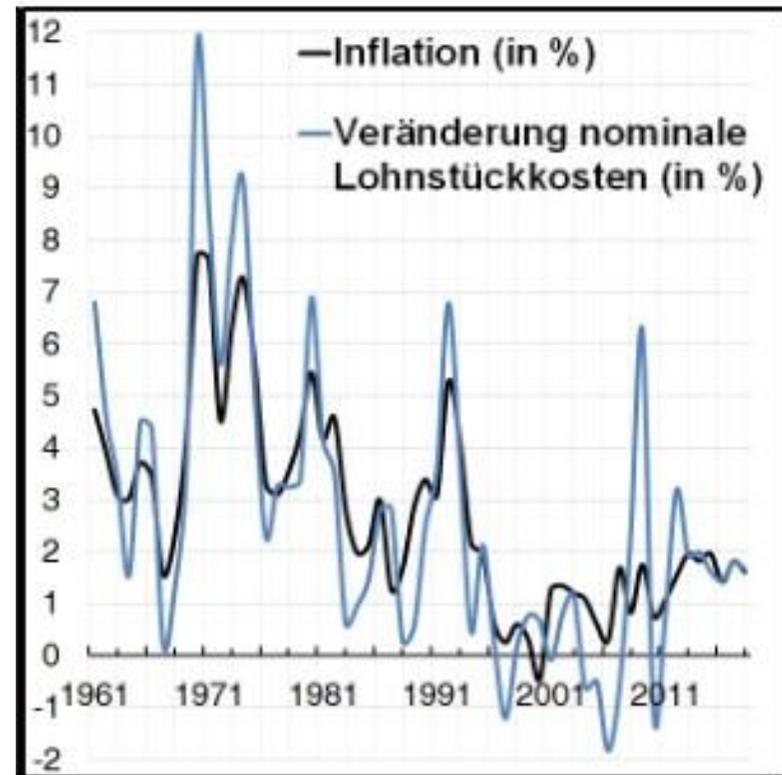
(Originalwert, in Milliarden Euro)



Auswirkungen von Corona Pandemie und Ukraine Krieg auf Handelsüberschuss Deutschland.
-> Disproportionalität der deutschen Produktion relativ zum Ziel einer „Exportnation“.

Inflation: ganz allgemein

- Senkung des Anteils der Arbeiter an der relativen Mehrwertproduktion.
- D.h. abhängig von der Entwicklung der Produktivität. Je höher die Produktivkraftentwicklung und je geringer der Anstieg der Lohnkosten, um so geringer Inflation.
- Damit aber auch: wenn Produktivkraftentwicklung wenig Bezug auf Reproduktion der Ware Arbeitskraft (z.B. bei Waffen), dann geringe Kompensation von Lohnanstiegen und umgekehrt



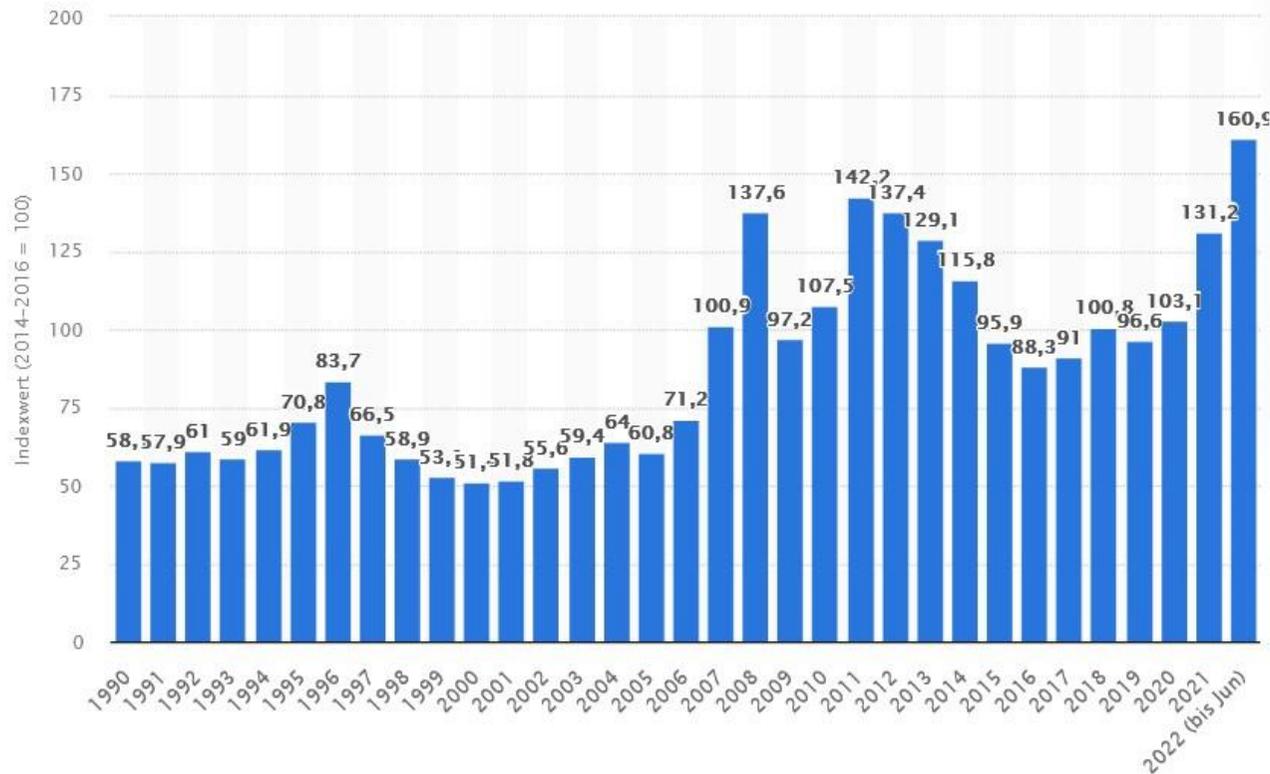
Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den Konsumausgaben in Deutschland in den Jahren von 1900 bis 2010



Ein Jahrhundert Effektivität in der Reduktion von „v“ – gelungene Regulation eines gesellschaftlichen Konflikts

Getreidepreisindex weltweit in den Jahren von 1990 bis 2022

(Index 2014-2016 = 100)

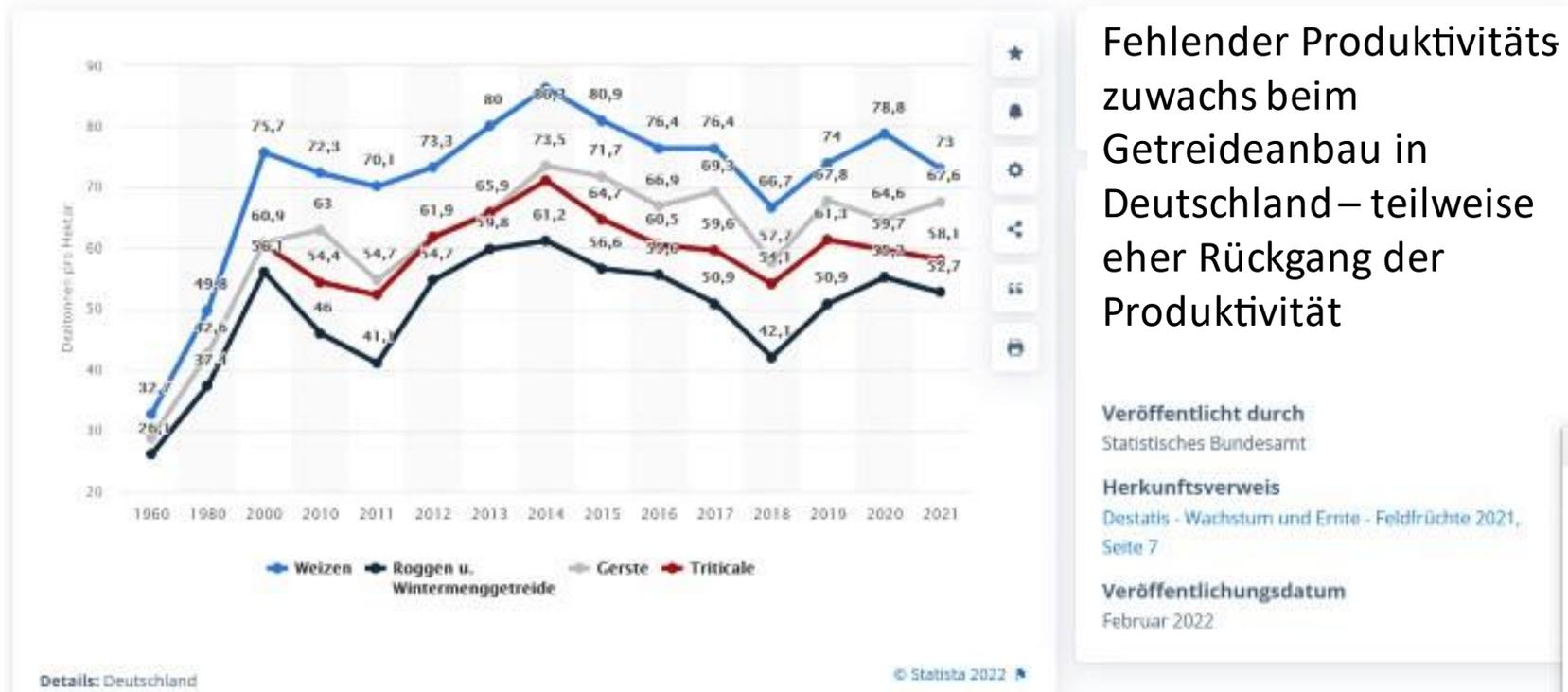


„Weltweit sind bereits 75 Prozent der nutzbaren Landfläche durch Übernutzung, Erosion, Versalzung oder Austrocknung degradiert, das heißt, die Fruchtbarkeit hat dort massiv abgenommen. Wird dem nicht entgegen gesteuert, prognostizieren die Forscher für 2050 eine Degradierung von 90 Prozent...

Von der Desertifikation besonders betroffen sind Indien, China und das Afrika südlich der Sahara – dort könnten sich die Ernteerträge bis 2050 sogar halbieren.“

Ertrag ausgewählter Getreidearten in Deutschland je Hektar Anbaufläche in den Jahren 1960 bis 2021

(in Dezitonnen)



Fehlender Produktivitätszuwachs beim Getreideanbau in Deutschland – teilweise eher Rückgang der Produktivität

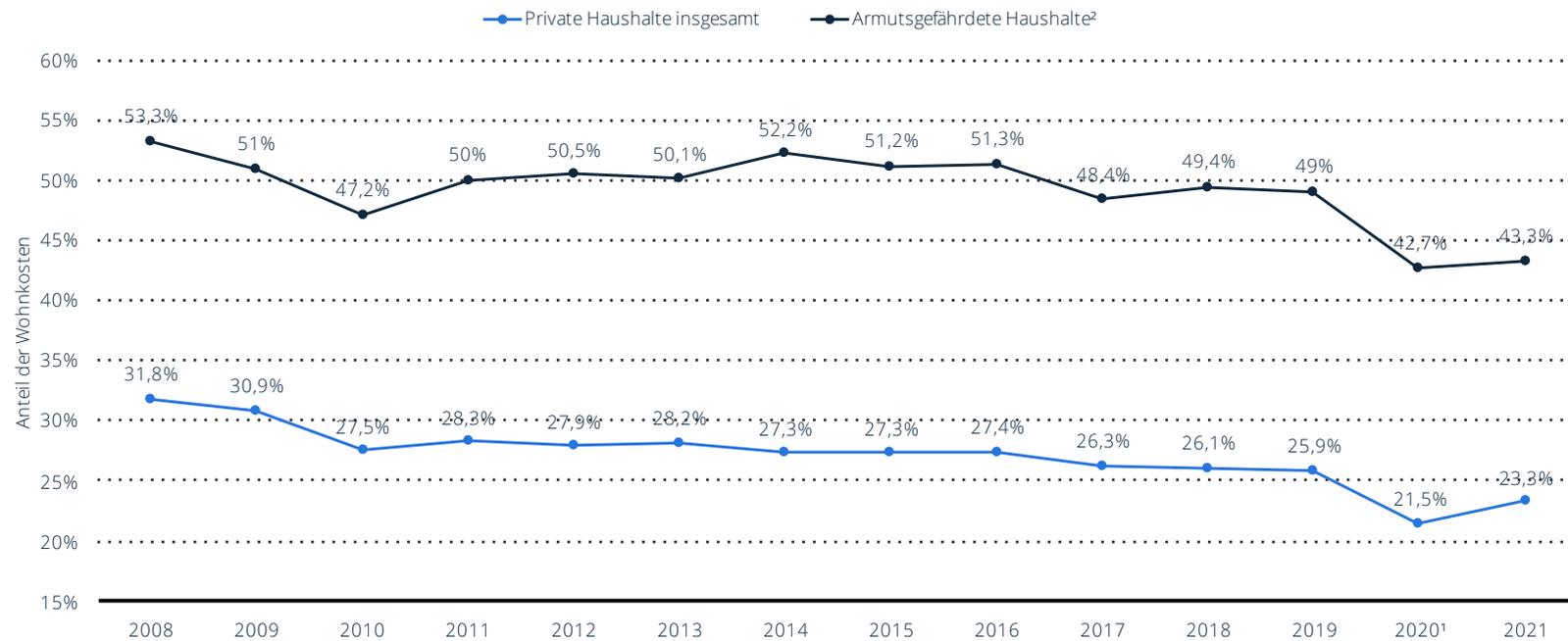
Veröffentlicht durch
Statistisches Bundesamt

Herkunftsverweis
Destatis - Wachstum und Ernte - Feldfrüchte 2021, Seite 7

Veröffentlichungsdatum
Februar 2022

Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen privater Haushalte in Deutschland von 2008 bis 2021

Anteil der Wohnkosten am Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2021



Hinweis(e): Deutschland

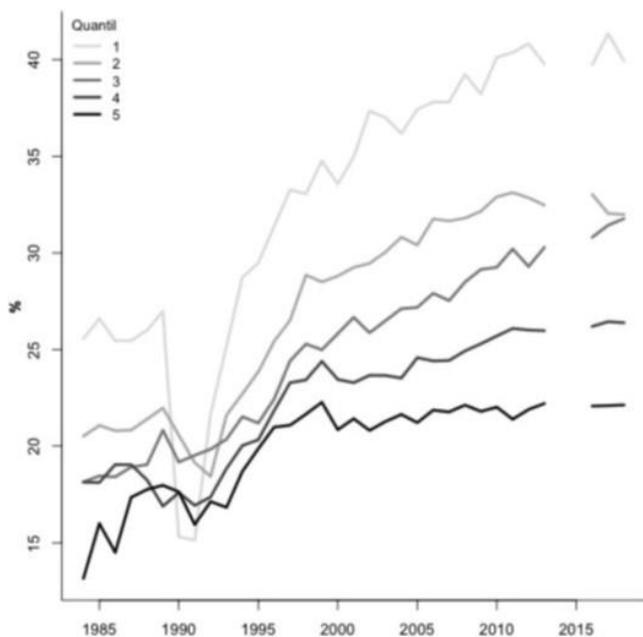
Weitere Angaben zu dieser Statistik, sowie Erläuterungen zu Fußnoten, sind auf [Seite 8](#) zu finden.

Quelle(n): Statistisches Bundesamt, [ID 806247](#)

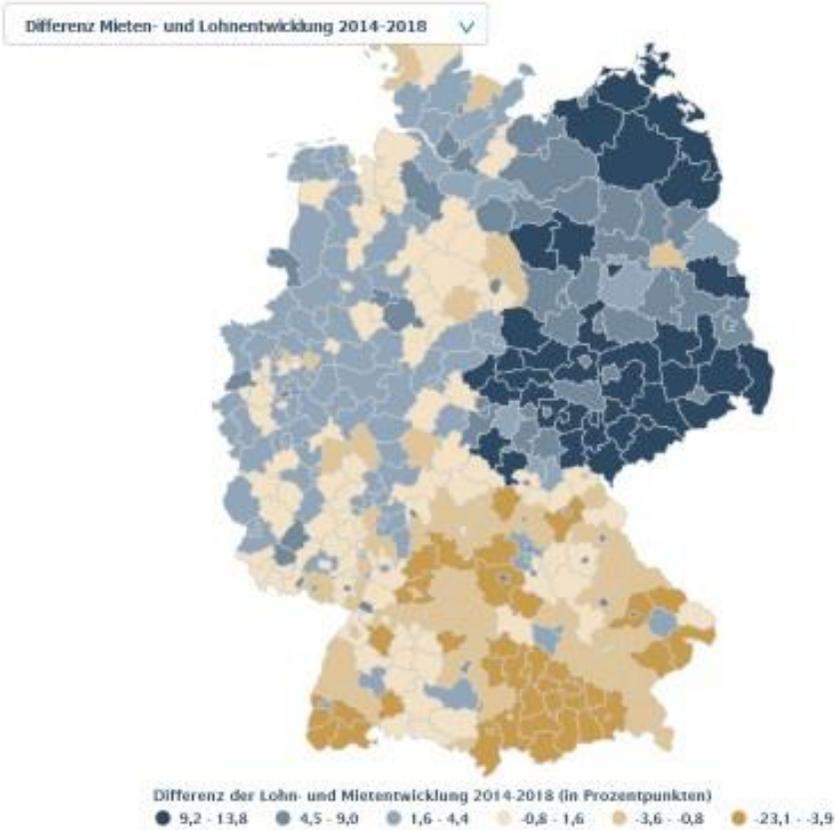
Inflation bei Mieten, Wohnen

Die *Mietkosten* steigen seit Jahrzehnten speziell für die ärmere Bevölkerung. Die relative *Wohnkosten* fallen geografisch und sozial massiv unterschiedlich aus. Der Norden Deutschlands zeigt bis 2018 keinen deutliche Anstieg des Anteils der Wohnkosten im Verhältnis zur Lohnentwicklung, der Süden und Großstädte schon.

Abbildung 1: Mietbelastungsquoten nach Einkommensquantilen, 1984–2018

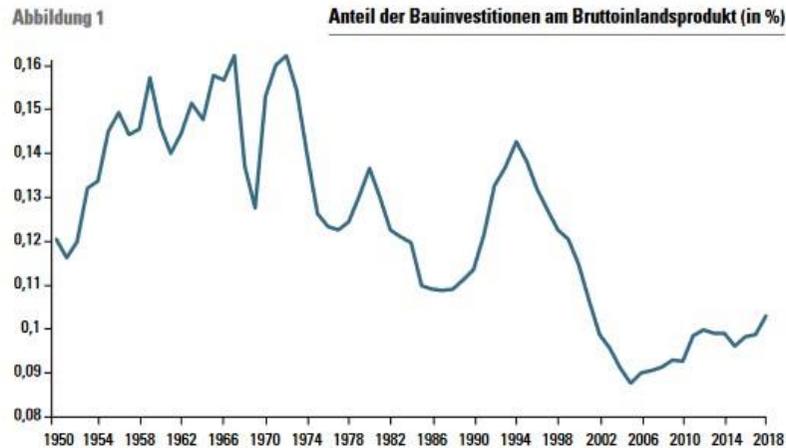


Quelle: SOEP v35 und eigene Berechnungen. Anmerkung: Die Mietbelastungsquoten werden als Quotient zwischen der monatlichen Bruttokaltmiete (*hgrent*) und dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (*hghinc*) berechnet. Die

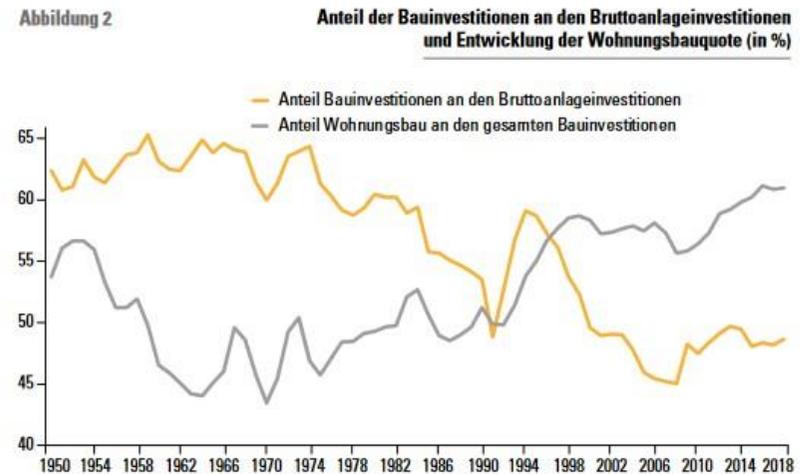


Hinweise: Lohnentwicklung auf Basis des Medians der Bruttoverdienenspunkte der Bundesangestellte für Arbeit (2018); Mietrentenentwicklung auf Basis der bundesweiten Mietpreise bei Neuzurufen von F+H (2018). © CeDias-OC | BIC 2018

Bauinvestitionen und Wohnungsbau im Verhältnis zum BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt. Daten für 1950 bis 1969 unrevidierte Angaben für das frühere Bundesgebiet, für 1970 bis 1990 revidierte Angaben für das frühere Bundesgebiet. Ab 1991 revidierte Angaben für Deutschland. Datenbasis in jeweiligen Preisen.

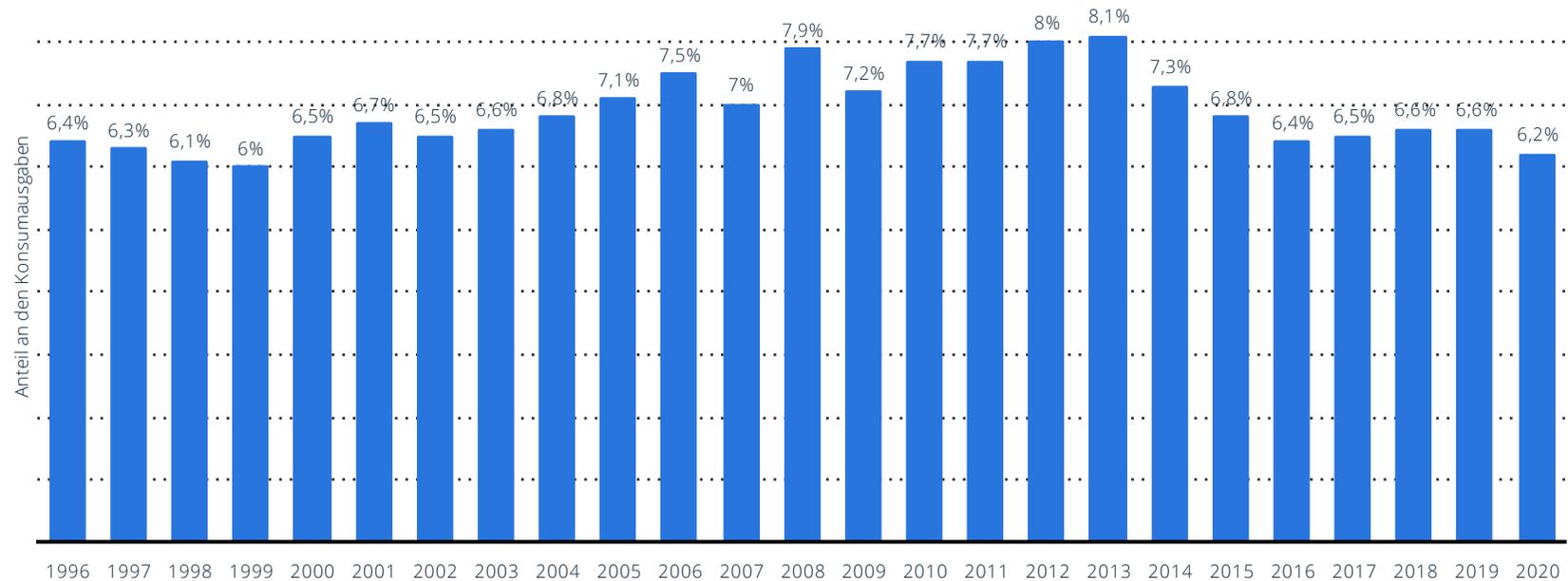


Quelle: Statistisches Bundesamt. Daten für 1950 bis 1969 unrevidierte Angaben für das frühere Bundesgebiet, für 1970 bis 1990 revidierte Angaben für das frühere Bundesgebiet. Ab 1991 revidierte Angaben für Deutschland. Datenbasis in jeweiligen Preisen.

Die Umkehrung der Relation von Bauinvestitionen und Wohnungsbau bedeutet Verschiebung des Verhältnisses von Abt. I und Abt. II des Kapitals und damit perspektivisch Produktivitätseinbußen

Anteile der Ausgaben privater Haushalte für Energie an den gesamten privaten Konsumausgaben in Deutschland in den Jahren 1996 bis 2020

Energieausgaben - Anteil an den gesamten Konsumausgaben privater Haushalte bis 2020



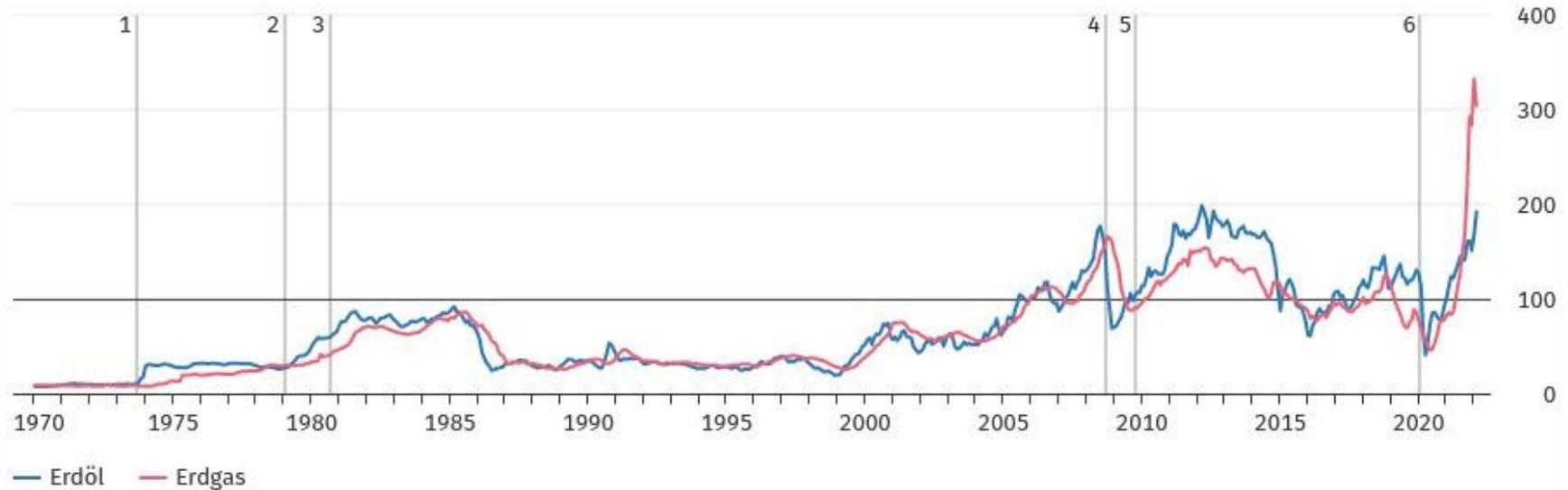
Hinweis(e): Deutschland; 1996 bis 2020; Stand: September 2021.

Weitere Angaben zu dieser Statistik, sowie Erläuterungen zu Fußnoten, sind auf Seite 8 zu finden.

Quelle(n): BDEW; Statistisches Bundesamt; BMWK; DIW Berlin; AGEP 166265

Preisentwicklung für den Import von Erdöl und Erdgas

Index der Einfuhrpreise, Basis 2015=100

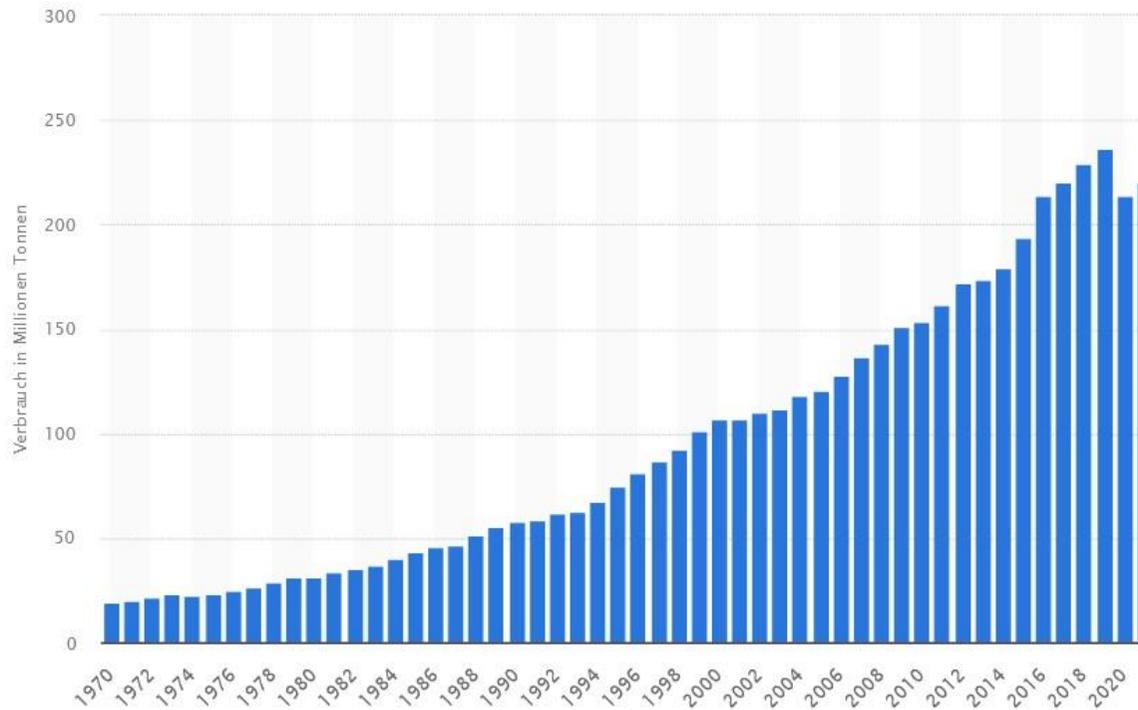


1 Jom-Kippur-Krieg. 2 Islamische Revolution. 3 Erster Golfkrieg. 4 Zusammenbruch Lehman Brothers. 5 Euro-Krise. 6 Corona-Pandemie.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Erdölverbrauch in Indien in den Jahren 1970 bis 2021

(in Millionen Tonnen)



Details: Indien; 1970 bis 2021

© Statista 2022

Wachsende internationale Konkurrenz um Rohstoffe und Bedeutung Corona Pandemie weltweit für Produktion plus Reboundeffekt in der Nachfrage

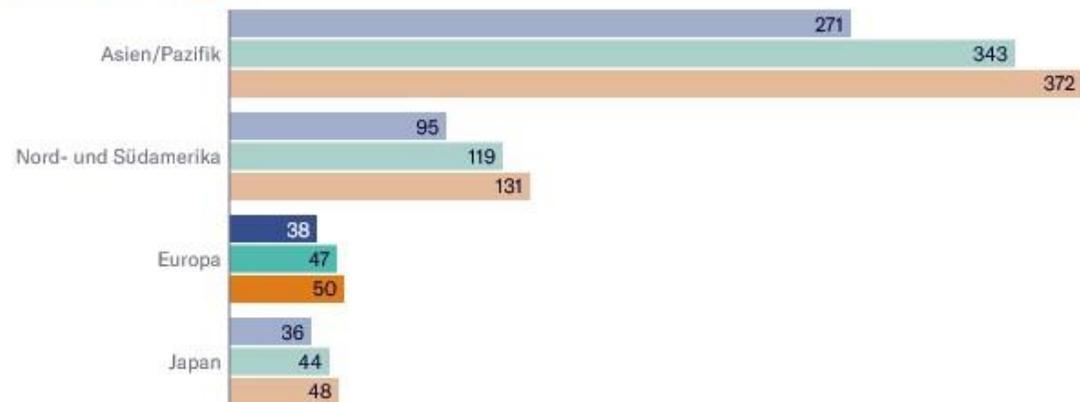
Der Reichtum der industrialisierten Länder (und auch ihrer Bevölkerung) lag immer auch an den terms of trade (hohe Preise für Industrieprodukte, niedrige für Vorprodukte). Die terms of trade wandeln sich wie die Produktion von Gütern.

Besonders deutlich bei Vorprodukten wie Chips und anderen elektronischen Bauteile, aber generell auch für Rohstoffe.

Europa spielt eine kleine Rolle im globalen Halbleitermarkt

Verkäufe von Halbleitern, in Milliarden Dollar

● 2020 ● 2021¹ ● 2022¹



¹ Prognose.

Quelle: [World Semiconductor Trade Statistics](#)

NZZ

Exporte von Waren nach Regionen und ausgewählten Ländern 1948 bis 2020 (in Milliarden US-Dollar und Prozenten)^{[4][5]}

Länder und Regionen	1948	1953	1963	1973	1983	1993	2003	2015	2020
WELT (nominale, nicht inflationsbereinigte Werte)	59	84	157	579	1.838	3.688	7.380	15.985	17.070
Anteile	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nordamerika	28,1	24,8	19,9	17,3	16,8	17,9	15,8	14,4	13,1
🇺🇸 Vereinigte Staaten	21,6	14,6	14,3	12,2	11,2	12,6	9,8	9,4	8,4
🇨🇦 Kanada	5,5	5,2	4,3	4,6	4,2	3,9	3,7	2,6	2,3
Europa	35,1	39,4	47,8	50,9	43,5	45,3	45,9	37,3	38,1
🇩🇪 Deutschland _a	1,4	5,3	9,3	11,7	9,2	10,3	10,2	8,3	8,1
Asien	14,0	13,4	12,5	14,9	19,1	26,0	26,1	34,2	36,1
🇨🇳 Volksrepublik China	0,9	1,2	1,3	1,0	1,2	2,5	5,9	14,2	15,2
🇯🇵 Japan	0,4	1,5	3,5	6,4	8,0	9,8	6,4	3,9	3,8
🇮🇳 Indien	2,2	1,3	1,0	0,5	0,5	0,6	0,8	1,7	1,6

Importe von Waren nach Regionen und ausgewählten Ländern 1948 bis 2015 (in Milliarden US-Dollar und Prozenten)^{[4][5]}

Länder und Regionen	1948	1953	1963	1973	1983	1993	2003	2015	2020
WELT (nominale, nicht inflationsbereinigte Werte)	59	84	157	579	1.838	3.688	7.599	15.985	17.376
Anteile	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nordamerika	18,5	20,5	16,1	17,2	18,5	21,3	22,7	19,3	18,5
🇺🇸 Vereinigte Staaten	13,0	13,9	11,4	12,4	14,3	15,9	17,1	14,2	13,9
🇨🇦 Kanada	4,4	5,5	3,9	4,2	3,4	3,7	3,2	2,7	2,4
Europa	45,3	43,7	52,0	53,3	44,1	44,5	44,6	36,2	37,3
🇩🇪 Deutschland _a	2,2	4,5	8,0	9,2	8,1	9,0	8,0	6,4	6,7
Asien	13,9	15,1	14,1	14,9	18,5	23,5	23,5	30,8	32,4
🇨🇳 Volksrepublik China	0,6	1,6	0,9	0,9	1,1	2,7	5,4	10,3	11,8
🇯🇵 Japan	1,1	2,8	4,1	6,5	6,7	6,4	5,0	4,0	3,7
🇮🇳 Indien	2,3	1,4	1,5	0,5	0,7	0,6	0,9	2,4	2,1